

Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Verlagspreis Einzelnummer 100.- M. Durch Lückhaber 300.- M. pro Bunde. Durch die Post 400.- M. pro Monat und Nachzahlung des Differenzbetrages von 20.- M. an die Produktiv-Gesellschaft, Hebbelstraße 10, 6.-8 Uhr nachm. Wochenschrift Nr. 31068. - Fernsprechnr. 4113. Ring 8837

Donnerstag, 1. März 1923.

Anzeigenpreis: Die 9 gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 50.- M. Stellen- und Wohnungsgelege, Familiennachrichten, Vereins- und Besammlungsanzeigen 15.- M. Kleine Anzeigen per Wort 3.- M. (jetzt gedruckt 4.50 M). Hell a m e: Die Millimeterzeile 3 gespalten oder deren Raum im Text 150.- M.

Das wahre Gesicht der schlesischen USPD-Führer.

Ablehnung der nationalistischen Einheitsfront in ihren Werberversammlungen — Verbrüderung mit den Nationalisten in Waldenburg.

Die Führer der USPD leugnen, wie wir bereits gestern anführten, in den öffentlichen Volksversammlungen immer wieder, daß sich die USPD in einer nationalistischen Einheitsfront mit den Kapitalisten befindet. In der öffentlichen Versammlung bei Bräuer hat Herr Kästner sich sehr scharf gegen den Vorwurf verwahrt, daß seine Partei die nationale Einheitsfront unterstütze und betont, daß für die Politik des USPD nicht die USPD verantwortlich zu machen sei. Wären diese Abkennigungsversuche nicht bereits erledigt durch die Haltung der USPD im Reichstag, so wären sie widerlegt durch die letzte Waldenburger Kundgebung. Denn am Sonntag den 21. Februar hatten die Waldenburger Nationalisten, unter ihnen die Verbände der „Heimattreuen Oberschlesier“, der „Rheinländer“, der „Ost- und Westpreußen“ in der Schanburg eine Kundgebung für „unser kämpfendes Volksgenossen am Rhein und an der Ruhr“ veranstaltet. Für diese nationalistische Demonstration waren als Redner vorgesehen: der sozialdemokratische Landrat Schüh, der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Haas (Köln) und der Zentrumslandtagsabgeordnete Bachem, der im letzten Moment absagte. Die Versammlung wurde nach dem Bericht der „Bergwacht“ begrüßt von dem „Herrn Fabrikdirektor Kerschers“. Daß die USPD-Führer in dieser nationalistischen Versammlung in Nationalismus machten, ist klar. Schüh hielt eine Rede, die ebensogut von einem deutschnationalen Hegepostel hätte gehalten werden können. Denn er wandte sich lediglich und ausschließlich gegen die französische Gewalthaber. Er betonte, daß er „in einer Kundgebung, wie der heutigen, nicht von seinem Parteistandpunkt aus sprechen könnte“. Das „Neue Tageblatt“ sagt, er hätte „als Freund des Vaterlandes“ (also des Geldhals) gesprochen.

Auch der zweite sozialdemokratische Redner, Landtagsabgeordneter Haas (Köln) stieß in dasselbe Horn. Er vergaß auch nicht zu sagen, daß die Einheit Deutschlands (!) sehr notwendig ist, und „daß der Kampf um die Staatsform erst in einer ruhigeren Zeit wieder aufgenommen werden kann“. Also Burgfrieden wie 1914 und die folgenden Jahre. Das unterschlägt die „Bergwacht“ ihren Lesern.

Bürgermeister Dr. Erdmann tat noch ein übriges, um Del in das nationalistiche Feuer zu gießen. Er wies darauf hin, daß die Versammelten sich nach den Ausführungen des Vorredners ein Bild davon machen könnten, was der Bevölkerung des Waldenburger Gebietes bevorstände, wenn dieses Industriegebiet gleichfalls besetzt werden sollte. Da die Gefahr einer Besetzung des Waldenburger Kohlenreviers nicht besteht, wird diese Gefahr an die Wand gemalt, um dadurch die Politik der Unregierung zu unterstützen, der wir den Verlust des Ruhrgebietes zu verdanken haben. Bürgermeister Dr. Erdmann forderte ferner auf, französische Waren zu boykottieren. Die Sozialdemokraten waren damit einverstanden. Daß dieser Boykott lediglich der Völkerverhetzung dient und wiederum einen Boykott deutscher Waren in den Ententeländern hervorrufen muß, diese Einsicht scheint den sozialdemokratischen Führern vollkommen verloren gegangen zu sein. Sie unterscheiden sich in ihren Reden als auch ihren Boykottbestrebungen durchaus nicht von einem wackelhaften Deutschnationalen. Denn auch die Deutschnationalen schreien: Verkauft nichts an die Engländer und Belgier, verschweigen aber, daß die Antikriegspatrioten dem Erbfeind die Rezepte für die Herstellung der Gelbkreuzgabe verschaffert haben. Den Gipfel erreichte diese nationalistiche Kundgebung durch Annahme einer Entschliebung, die in folgenden Sätzen ausklingt:

„Die in überaus großer Zahl heute in Waldenburg versammelten Bewohner des niederschlesischen Industriebezirks erheben entrüsteten Einspruch gegen die brutale Handhabung der Besetzung im Rheinland, gegen den räuberischen Einfall französischer und belgischer Truppen in das Ruhrgebiet, und gegen den schmachtvollen Versuch, mit Bajonett und Reitpeitsche die dortige friedliebende und arbeitende Bevölkerung des unerfährlichen französischen und belgischen Imperialismus zu unterjochen und von Deutschland abzusprennen. Die Teilnehmer an der Versammlung geloben, einmütig, daß sie, solange die Besetzung des Ruhrgebietes dauert, französische und belgische Waren weder kaufen noch verkaufen und ihre im harten Kampfe gegen grausame Unterdrückung stehenden Brüder im Rheinland und in Westfalen mit allen Kräften so wirksam unterstützen werden, gleichgültig, wie lange dieser Kampf dauert.“

Ueber die Einfälle deutscher Truppen, über den deutschen Imperialismus, über die brutale Handhabung der Besetzung, des Bajonetts und der Reitpeitsche der deutschen Truppen schweigt man von sozialdemokratischer Zeit. Ist das kein Nationalismus? Wir Kommunisten sehen nicht nur französische, sondern auch deutsche Bajonett-, imperialistische Bestrebungen, Gewalttaten, Reitpeitschen usw. Wir wissen, daß diese Dinge international sind. Die Führer der „internationalen völkervereinenden Sozialdemokratie“ haben es allem Anschein nach bereits vergessen. Die „Volkswacht“ z. B. die alle Befehle deutscher Generale beschönigt, überschreibt, sich nationalistisch überschlängelnd, in ihrer Nr. 45 die Befehle des Generals Dequante, in denen er den deutschen Ministern den Aufenthalt im Ruhrrevier verbietet, „Befehle eines Affen“.

Auch wir Kommunisten sind keine Freunde der französischen Generale, billigen nicht die Besetzung des Ruhrgebietes. Wir wissen aber, daß der Abwehrkampf an der Ruhr gegen den französischen Imperialismus nur dann erfolgreich sein wird, wenn das Proletariat Deutschlands ihn nicht führen wird unter Führung der Nationalisten — die ihm durch Wucher und Steuerbetrag in den Rücken fallen — wenn es keine eigenen Ausbeuter an die Kadavere nimmt und dem Proletariat Frankreichs die Hand reicht zum gemeinsamen Kampf gegen den deutschen und französischen Imperialismus. Das die Arbeiterschaft Deutschlands mit den französischen Imperialisten umso eher und besser fertig wird, je eher sie die deutschen Kapitalisten niederringt, hat selbst E. D. Plimien in Breslau zugeben müssen.

Die USPD-Arbeiter mögen daraus ihr Schlüsse ziehen.

Straßenkämpfe zwischen Faschisten und der Schupo in Zabrze-Hindenburg O-S.

Wir haben bereits in Nr. 49 der „Schlesischen Arbeiterzeitung“ kurz über die Zusammenstöße zwischen den Faschisten und der Schupo gemeldet. Nachstehend veröffentlichen wir einen Bericht der uns aus Hindenburg zugeht:

Am Sonnabend, den 24. Februar, verübten die ober-schlesischen Faschisten eine Machtdemonstration. Die Hindenburg Faschisten unter dem harmlosen Namen „Waldenburger Kameradschaft“ veranstalteten anlässlich des einjährigen Bestehens dieses Vereins eine „Heerschau“. Vom Polizeipräsidenten war diese Veranstaltung verboten worden. Trotzdem sammelten sich die „Vaterlandsretter“ im Schützenhause und marschierten mit klingendem Spiel und brennenden Fackeln ins Innere der Stadt. In der Sonnenstrasse sprengte die Schupo bereits den Zug, dennoch erreichte der Zug auf „ebenstraßen“ das Stadttor mit dem Gelang:

„Es braust ein Ruf wie Donnerhall.“
Der Herr Polizeipräsident scheint sich seiner Pflicht erinnert zu haben, als dieser „begeisterte“ Gelang an sein Ohr klang, denn er schickte eine Abteilung Schupo hinaus, um „Ruhe“ zu schaffen. Jedoch hatte dieser die Rechnung ohne die Faschisten gemacht, als die Schupo die Teilnehmer auseinanderreiben wollte, kam es in der Kronprinzenstrasse zu einem blutigen Zusammenstoß, da viele dieser monarchistischen Orgelschläger bewaffnet gewesen sind. Schreckhaft der Schupo wurden von den Banditen erwidert, und es gab auf beiden Seiten Verletzte.

Die Nationalisten einmühten die Polizei mit Schmährufen „Judenpolizei“ und sangen das bekannte Hejdlid. Wir brauchen keine Judenrepublik.“ Der Straßenbahnverkehr war eine Zeitlang unterbrochen.

Später durchzogen starke Schupopartouillen die Stadt. Wäre die Schupo zur rechten Zeit in dieser Stärke eingesetzt worden, so konnte dieser blutige Zusammenstoß verhindert werden. Nebenbei muß gesagt werden, daß sich dieser Orgel-Banditen-Fackelzug zum größten Teil aus unreifen Burschen von 16-20 Jahren zusammensetzte und eine Anzahl der Führer und Ordner beim Einlegen der Schieberei das Weisig geüht haben. Ein solcher Ordner ist auch ein pensionierter Schichtmeister (gedienter Feldwebel) von Hindenburg, der rechtzeitig seine „drei Buchstaben“ nach der Rosenstrasse in Sicherheit brachte und dort seinem Patriotismus dahin Luft machte, daß er über die Schupo wetterte. Alle „Adnung“ vor dem Verantwortungsgefühl eines solchen Ordners.

Die Hindenburg Proleten dürfen sich in dieser Weise ein zweitesmal nicht provozieren lassen und im Wiederholungsfalle mit solchen „Fackeln“ auf der Bildfläche erscheinen, daß endlich einmal den Orgelschleuten heimgeleuchtet wird.

Von dem sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Bed erwarten die Proleten von Hindenburg, daß er dem Wandalenverein Kameradschaft mehr „Beachtung“ schenkt, ihn entkoffnen und seine Führer unter die Lupe nehmen läßt.

Es genügt nicht, dies vom Polizeipräsidenten zu erwarten. Es genügt nicht mehr nur zu fordern. Die Proleten müssen sich selbst aufrufen, den Polizeipräsidenten zwingen, ihren Willen auszuführen, sie müssen sich das Recht nehmen, einen bewaffneten proletarischen Selbstschutz zu schaffen.

Organisiert die Betriebswehren!

Durch ihre Kampflosungen fordert die KPD, das Proletariat u. a. auf, sofort in allen Betrieben Wehren zu organisieren.

Aufgabe der Wehren soll es sein, die faschistische und nationalsozialistische Gefahr zu bannen, Angriffe der bewaffneten Banden des Großkapitals abzuwehren.

Die Frage der Existenzsicherung des Proletariats hängt mit der Frage der Faschistengefahr unlösbar zusammen. Brotfrage, der Kampf um Nahrung, Kleidung, Wohnung, der Kampf gegen maßlose Verlängerung der Arbeitszeit, gegen Hungerlöhne, gegen den Würger der proletarischen Kinder sind Fragen der Existenzsicherung.

Im engsten Zusammenhang mit der Existenzfrage steht die der Arbeitszeit. Das Kapital will all diese Fragen nach seinem Diktat mit Gewalt lösen. Hunger und Karabiner sollen die Proleten zwingen, nicht 8, sondern 10, 12 und mehr Stunden in kapitalistischen Diensten zu fronden. Das Kapital organisiert darum mit Hilfe gewaltiger Geldmittel und sturpelosler Anstachelung chauvinistischer Instinkte, gestützt auf antisemitische Pogrombege, bewaffnete Banden aus den Reihen des durch großkapitalistische Machenschaften proletarisierten Kleinbürgertums und der infolge der Zerstörung des stehenden Heeres existenzlos gewordenen Berufsoldaten.

Mit diesen Banden will das Kapital die Arbeiterbewegung vollständig entkräften, das unbewaffnete Proletariat in lokalen, blutigen Zusammenstößen niederschlagen. Bewaffnete Stoßtrupps nach Hitler'schem Muster sollen die Verstädtigung der Arbeiter in Versammlungen unterbinden; die Versammlungslokale, die Arbeiterzeitungen werden zerstört, Arbeiterführer gemordet. (In Italien hat der Faschismus, unter Führung des ehemaligen Sozialdemokraten Mussolini, Massenproben seiner Arbeiterfeindschaft abgelegt). Ein Hauptstück im faschistischen Schlachtplan gegen die Arbeiterschaft ist die Besetzung der Betriebe. Die Ruhrarbeiter, die sich dagegen aufbäumen, unter französischen Bajonetten 8 bis 10 Stunden zu arbeiten, sollen nachher unter Aufsicht und Kommando von deutsch-faschistischen Vogten des deutschen Kapitals mit Gummiknüppeln und Brownings gezwungen werden, weit über die bisherige Arbeitszeit hinaus zu schuften. Wer mit dem gnadenweise gewährter Lohn nicht zufrieden ist, bekommt ein Tracht Prügel; wer revoltiert, wird ermordet.

Mit der Herrschaft der Faschisten in den Betrieben wäre die Verflawung des Proletariats vollendet. Gegen diese Gefahr muß die Arbeiterschaft rüsten. Rüsten heißt: Organisierung der Macht in den Betrieben!

Faschisten dürfen nicht hinein, weder offen noch unter falscher Flagge. Darum müssen die Arbeiter in allen Betrieben ihre Wehren (Zehner- bzw. Hundertschaften) organisieren. Für die Wehrleute sind auch Waffen zu besorgen. Es kann möglich werden, daß die Arbeiter ihre Schuh- und Stoßtrupps sogar notwendig haben, um Störungen der Produktion zu verhindern. Das Volk kann nur leben, wenn es produziert. Die Schicht der Ausbeuter findet die Möglichkeit, sich lange Zeit mit allen nötigen Vorräten zu versehen. Dazu sind Arbeiter, Angestellte, Beamte, Klein- und Sozialrentner, Arbeitslose, Krüppel, Witwen und Waisen nicht instande. Sie leben von der Hand in den Mund, hungern von einem Tage zum anderen. Wenn daher das Kapital seine Diktatur bedroht sieht, wird es versuchen, die Produktion zu unterbinden, um die Arbeiterschaft müde zu machen, sie auszuhungern, damit sich die Sklaven jedem kapitalistischen Ausbeutergebot hündisch unterwerfen. Um das zu verhindern, muß die Arbeiterschaft im Kampfe für ihr Leben den Fortgang der Produktion gegen die Unternehmer, gegen die Kapitalisten, gegen den Wucher, gegen die Sklavenhalter sichern, erzwingen. Dazu bedarf das Proletariat wiederum der Macht in den Betrieben, um sie zu schützen vor faschistischen Sabotageakten.

Wehren in den Betrieben allein genügen nicht. Das Proletariat muß auch in den Gemeinden, in Stadt und Land, durch Abwehr- und Stoßtrupps gegen faschistische Überfälle gesichert sein. Die Forderung der Säuberung der Reichswehr und der Polizei von reaktionären Elementen ist eine leere Demonstration, sie sieht auf dem Papier. Seit Jahren wird sie von Sozialisten erhoben — um die Arbeiter einzulullen. Von Monat zu Monat hat die Reaktion mehr und mehr die gesamte öffentliche Macht unter ihr Kommando gebracht. Nicht Säuberung von reaktionären Elementen, sondern Reinigung durch Auslieferung der bewaffneten Macht an die organisierte Arbeiterschaft. Das ist unsere Kampflosung.

Die Auslieferung muß ertämpft werden. Die Polizeigewalt gehört unter das Diktat der Arbeiterschaft. Einen schönen Anfang mit dem Er-

kämpfen der Polizeimacht geben nun die Arbeiter in Grövelsberg. Sie organisierten eine Wehrtruppe, sprengten eine Monarchisten-Versammlung, entwarfen die aufgegebenen Faschinen und Schupomantischen, zwangen den Abzug der herangehaltenen auswärtigen Polizei und hinterher durch Streiks die Entlassung der Grövelsberger Polizeibeamten, die sich den Monarchisten zur Verfügung gestellt haben.

Wenn in allen Betrieben Hundertschaften gebildet und gerüstet sind, dann können diese Hundertschaften, auch zusammengestellt als allgemeine Kampftruppe, faschistisch-Angriffe im lokalen Rahmen und darüber hinaus zurückzudrängen, und Leben und Erwerb des Proletariats sichern.

Bulle durfte nicht sprechen — in Jena!

Die Nationalsozialisten haben ihre Tätigkeit jetzt hauptsächlich auf Sachsen und Thüringen, die Bayern benachbarten Länder, konzentriert. So sollte Bulle am Sonntag in Jena und dann in anderen thüringischen Städten sprechen. Entschlossen erklärten die Thüringer Arbeiter: „Nein! Das wollen wir nicht!“ Diese Entschlossenheit der Arbeiter wirkte. Das thüringische Staatsministerium hat beschlossen, auf Grund von Artikel 48 der Reichsverfassung den Artikel 123 (Versammlungsfreiheit) aufzuheben. Die Versammlungen der Deutsch-völkischen Freiheitspartei in Gera, Jena und Hildburghausen sind verboten worden, weil ihr Stattfinden die öffentliche Sicherheit gefährden könnte.

Die thüringische NSDAP-Regierung hat damit nicht nur Bulle am Sprechen verhindert, sondern die NSDAP politisch isoliert. Warum fragt jeder Arbeiter, hat Vinschi nicht die Thüringer-Bulle-Versammlung verboten? Er könnte das, selbst auf Grund der Reichsverfassung. Er hat es nicht getan. Er hat sogar Bulle gegen die Arbeiter durch Polizei geschützt. Vinschi und die NSDAP-Regierung haben die thüringische Reaktion in den Sattel gehoben.

Arbeiter der NSDAP! Sagt, war nicht das Mißtrauensvotum der Kommunisten gegen Vinschi berechtigt? Ist nicht das laienhafte Mißtrauensvotum gegen die NSDAP-Regierung, die Vinschi deckt, ebenso berechtigt? Es war, es ist berechtigt!

Zeit der Bulle-Versammlung rühten gerade in Sachsen die tschechischen Faschisten mit allen Kräften.

Saß und Faschismus.

Man braucht sich nicht mehr zu wundern, daß das Münchener Volksgericht zwei deutschvölkische Redaktoren des „Heimatländers“ freisprach, nicht obwohl, sondern gerade weil sie vom „Triumph des Faschismus“ geschrieben hatten und zu faschistischen Nachzügen gegen die Hochburg der „Koten“, gegen die „marxistischen Giftbuben“, die in Klammern gehetzt werden mußten, aufzorterten. Der Freispruch erfolgte auf Grund des Gutachtens der Sachverständigen, die sämtlich rechtsradikalen Kreisen entnommen waren. Die „vaterländischen Bewegungen des Aufstieges“ wurden sogar vom Staatsanwalt gelobt. Es fehlte nur noch die Ueberrückung eines vergoldeten Hakenkreuzes.

Der Betrug der Rhein- und Ruhrpende.

Den Landräten und Oberbürgermeistern wurde ein Zirkular zugestellt, in dem es heißt:

An die Herren

Landräten und Oberbürgermeistern

Gründliche Fürsorge für die Arbeitslosen im besetzten Gebiet. Rhein-Ruhr-Hilfe.

Gründungen von Arbeitsnachweiserämtern tunlichst vermeiden. Arbeitsgeber sollte solange als möglich aus eigenen Mitteln Lohn, auch wenn produktive Arbeit nicht mehr geleistet wird.

Wird produktive Arbeit nicht mehr geleistet und kann Arbeitsgeber nachweislich Lohn nicht mehr aus eigenen Mitteln zahlen, come der Betriebsrat etwas Besseres zu gefährden, so tritt Rhein-Ruhr-Hilfe ein.

Rhein-Ruhr-Hilfe zahlt zwei Drittel des Lohnes, ausnahmsweise vollen Lohn. Bollen Lohn, wenn Arbeitslosigkeit durch unabweisbare Eingriffe der fremden Truppen oder durch die Zurückweisung unzureichender Zusammenlagen erkennbar ist, zwei Drittel bei jeder anderen Arbeitslosigkeit.

Verantwortlich für Rhein-Ruhr-Hilfe sind Gewerkschaften und Gemeindeverbände. Auszahlungen soweit als möglich durch Arbeitgeber, ausnahmsweise durch Gewerkschaft selbst. (Arbeitsamt, Nürnbergstellen). Je nach örtlichen Verhältnissen kann Gemeinde auch Gewerkschaften beauftragen.

Bei Wirtschaftskämpfen mit Deutschen Arbeitgebern tritt Rhein-Ruhr-Hilfe nicht ein.

Straßenarbeiter erhalten die Rhein-Ruhr-Hilfe für die ausgefallene Arbeitszeit. Die Bestimmungen finden auf sie keine Anwendung.

Arbeitslose sind in Krankensicherungen zu halten. Krankengeld zahlt Rhein-Ruhr-Hilfe. Krankengeld wird auf Rhein-Ruhr-Hilfe angerechnet. In keinem Fall dürfen die Bezüge der Rhein-Ruhr-Hilfe den um die geleisteten Abzüge verminderten Lohn übersteigen.

Fortschende Regelung tritt am Montag den 12. Februar 1923 in Kraft.

Der Regierungspräsident

3. 2. 1923

Stettin, den 11. 2. 1923.

Fortschend

In der Anlage übersende ich eine Abschrift der zur Zeit geltenden Grundätze für die Fürsorge für die Arbeitslosen im besetzten Gebiet zur Beachtung.

Bekanntgabe durch die Presse hat nicht zu erfolgen.

Ziel für die Landräte

Abdrücke für die Bürgermeistereien sind beigelegt.

3. B. Czarnia

Was tun nun die Behörden, um diese Grundätze durchzuführen? Die Unternehmer entlassen Arbeiter, ohne daß eine Einwirkung der Befugnis vorliegt.

Bei einem Unternehmer Gill, der für die Firma Krupp arbeitet, wurden 400 Arbeiter entlassen. Warum? Angeblich soll Arbeitsmangel vorliegen. In Wirklichkeit ist Arbeitsmangel besonders die kleinen Handwerker ihre Arbeitskräfte auf Kosten der Ruhrhilfe ein. Gleichzeitig werden sie dann unter der Vorherrschaft, infolge der Ruhrhülfsung gebe

ihre Geschäft schlecht, ihre Unterstütuungsansprüche bei der Ruhrhilfe an.

Melden sich Arbeitslose infolge dieser Manipulation bei der Staatsverwaltung arbeitslos und verlangen ebenfalls Unterstütuung aus der Rhein- und Ruhrhilfe, dann erhalten sie Fahrlohn und werden aus dem besetzten Gebiet abgehoben. Ein Arbeiter erhielt von der Stadt Essen für sich und seine Frau zwei Fahrlohn im Wert von 5000 Mt. und mußte abreisen. In den letzten vierzehn Tagen sind allein aus der Ruhrhülfsung mehr als 100 ledige Arbeiter abgehoben worden, die bei kleineren Unternehmern beschäftigt waren und entlassen wurden, weil angeblich infolge der Ruhrhülfsung Arbeitsmangel eingetreten sei.

In der Reichstagsitzung vom 27. Februar

wurde mit den Stimmen der sozialdemokratischen Abgeordneten ein Antrag der kommunistischen Fraktionen, die Unterstütuung der Sozialrenten durch das Reich sicherzustellen und zu erhöhen, abgelehnt.

Bei der Beratung des Etats des Wehrministers betonte Vödebour, daß die Verbindung der Reichswehr mit dem Wehrdienst Orgeschwerden nachgewiesen wäre. Wenn damit keine kriegerischen Zwecke verfolgt würden, dann sei der einzige Zweck die bewaffnete Niederschlagung der Arbeiterbewegung. Die russische Spionetzentrale würde die deutsche kapitalistische Regierung in einem Krieg gegen Frankreich unterstützen. Der Wehrminister müsse abgetrennt werden. Der Wehrminister Scherl sollte seinen Junken Entzug und die Reichswehr habe heute jede Existenzberechtigung verloren.

Nachdem noch der sozialdemokratische Abgeordnete Künzler eine Reihe von Beschwerden gegen die Reichswehr vorgebracht hatte, nahm der Reichswehrminister Dr. Scherl das Wort zur Erwiderung, die nur ein hilfloses Belegenheitsgespräch war. Auf die Entwürfe der „Koten“ sahne und die von unserem Redner vorgebrachten einzelnen Fälle ging er mit keinem Worte ein. Er mußte sie also schweigend zugeben. Die rechtsradikalistischen Bestrebungen nannte er eine gefährliche Bewegung, der man so einfach nicht beikommen könne!

Sensche Froelich hielt dem Minister, und seiner Reichswehr in einer ebenso glatten wie schlagenden Erwiderung nachmals das Gändereisler vor. Mit den nicht sagenden Redensarten Herrn Scherls konnte man sich über die unerhörten Tatsachen hinweg. Es sei tief beschämend, daß ein deutscher Reichsminister es wagt, im Reichstag zu erklären, daß er sich erst seit ein paar Monaten bemühe, die Verbindung zwischen der Reichswehr und den Orgeschwerden zu zerreißen. Wo sei eine einzige Maßregel gegen moararchistische Offiziere, obwohl die Reichswehr von Monarchisten geradezu verfaßt ist? Herr Scherl kann sich nicht tun gegen die Herrschaften. Wer will, kann auch die Entwaffnung der Orgeschwerden durchführen. Er doch auch die Arbeiterklasse mit unerhörter Grausamkeit entzweit worden. Diese Waffen sind in die Orgeschverbände gegeben worden. Wir haben bisher nur einen kleinen Teil unseres Materials über die Reichswehr vorgebracht. Wenn die Arbeiter erst einmal sehen gelernt haben, dann werden sie erkennen, was in dieser Sache die Reichswehrministerien tun, vorgehen, dann werden sie diese Sache ändern, und manches andere wird dann mit auf den Schindanger der Geschichte liegen. Das Ministergehalt wurde gegen die Stimmen der Kommunisten bewilligt. Die kommunistische Entschließung auf Anträge und Entlassung des Generals v. Seeck, auf Reinigung der Reichswehr, Entzweifung aller gegenrevolutionären Organisationen und Errichtung von Arbeiterwehren wurde gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Dieser Reichstag, diese Republik und diese Sozialdemokraten sind dieses Scherl und seiner gegenrevolutionären Formationen würdig.

Die Bilanz des passiven Widerstandes.

Die sozialdemokratische und bürgerliche Presse spricht andauernd von den Erfolgen des passiven Widerstandes. Fast jedes Widerstand ein zweifelhafte Schwert ist, und zuletzt Deutschland schwerer getroffen als Frankreich, wird langsam verschlungen. Wir bringen dafür eine bürgerliche Stimme der Wirtschaftskreis der Weltbühne. Sie in diesem Lebensbericht, weil sie feststellt, daß den abstrakten Schaden Deutschland haben muß und mit dem Andauern der Belagerung Frankreichs Lage sich immer zünftiger gestalten muß.

Die deutsche Abwehr hat erreicht, was sie überhaupt erreichen konnte: sie hat bisher verhindert, daß Kohle und Koks in nennenswerter Menge aus dem Ruhrgebiet nach Frankreich abtransportiert worden sind.

Das freilich, worauf es letzten Endes ankommt, hat sie nicht erreicht, und konnte sie nicht erreichen: daß die Bergwerks- und Industrieerzeugnisse des Ruhrgebietes in das unterste Deutschland gelangen. Wir stehen also heute bereits da, wohin man notwendig gelangen muß: Frankreich wird geschädigt, Deutschland wird schwerer geschädigt. Daß die Schädigung für uns tatsächlich weit schwerer ist, als für Frankreich, läßt sich zahlenmäßig leicht beweisen.

Der Nachweis sei heute nur für das wichtigste Ruhrprodukt: für die Kohle. Im letzten Jahre hatte Deutschland (ohne das Saargebiet) eine Steinkohlenförderung von rund 120 Millionen Tonnen. Davon kamen 92,6 Millionen Tonnen (gleich 77,7 Prozent) aus dem Ruhrbezirk. Ein Drittel der Ruhrkohle wurde verkauft. Von dem Koks wurde der größte Teil im Ruhrgebiet selbst verbrannt, von dem Rest erhielt die Entente den kleineren, das unterste Deutschland den — wenn auch nicht wesentlich größeren Teil. Von der untersteischen Steinkohle verbrauchte das Ruhrgebiet knapp die Hälfte. Von der Bergkohle gingen in den ersten elf Monaten des Jahres 1922 nach Frankreich und Belgien 8 Millionen Tonnen, ins unterste Deutschland dagegen 24 Millionen Tonnen. Aus dieser Gegenüberstellung ergibt sich klipp und klar, daß die absolute Schadenquote an Kohle und Koks für uns wenigstens fast doppelt so hoch ist wie für Frankreich. Der relative Schaden ist aber für Deutschland noch viel schwerer, da Frankreich nur ein Viertel seines Kohlenbedarfs von der Ruhr erhielt, während das unterste Deutschland die Hälfte bis zwei Drittel, und wenn man von der englischen Einfuhr der letzten Monate absieht, sogar beinahe drei Viertel seines Kohlenbedarfs aus dem Ruhrbezirk bezog.

Diese fehlende Kohlenmenge durch Ueberführungen in den obersteischen Groben oder durch Kohlenimporte zu ersetzen, ist ganz ausgeschlossen, und es muß geradezu verwerflich genannt werden, wenn Frankreich, die unter ihrem Vordring allein auch den aus Berggras fahren, dem

Rolle vorkaufeln, die Braunkohle liefert ausreichenden Ersatz, wir könnten jahrelang durchhalten.

Auf der anderen Seite steht doch wohl außer Zweifel, daß den Franzosen auf die Dauer gelingen wird, zwar nicht so viel, wie sie haben wollen, und vielleicht nicht einmal so viel, wie sie vor der Invasion erhalten, aber doch mehr Kohle als bisher aus dem Ruhrgebiet fortzuschaffen. Die Situation ist also die, daß wir heute auf dem Höhepunkt unseres Abwehrerfolgs stehen, der von Woche zu Woche geringer wird, während gleichzeitig der französische „Mißerfolg“ mit der Länge der Zeit sich zu einem Erfolg oder doch zu einem Teilerfolg umwandelt.

Entschließungen der Bezirkskonferenz der NSD, Bezirk Schlesien.

Die politische Entscheidung der NS-Schlesiens.

Die am 23. und 24. Februar stattgefundene Bezirkskonferenz der NSD, Bezirk Schlesien, nahm folgende Resolution nach dem Bericht vom Reichsausschuß der NSD, einstimmig an:

Die Bezirkskonferenz der NS-Schlesiens begrüßt nach Entgegennahme des Berichtes vom Reichsausschuß der NSD, dessen Beschlüsse zum 3. Weltkongreß der NSD, und zum Weltkongreß der Komintern. Insbesondere billigt die Konferenz die Beschlüsse des Reichsausschusses der NSD über den Parteitag der NSD, und erklärt, daß angesichts der heutigen hochgespannten politischen und wirtschaftlichen Lage die kommunistische Organisation keine Zeit hat, unfruchtbare Diskussionen zu führen, die innerhalb der kommunistischen Organisationen bestehenden Meinungsverschiedenheiten müssen kurz, sachlich und mit aller Schärfe zum Austrag gebracht werden, damit die Partei sowie als die Jugendorganisation durch die fortwährenden Diskussionen nicht in der heute mehr als je notwendigen Aktivität gehemmt wird.

Mit Freude begrüßt die Konferenz die Beschlüsse des 3. Weltkongresses der NSD, die den kommunistischen Jugendverbänden zeigen, wie sie den Weg zu den Massen des Jungproletariats finden.

Die jungen Kommunisten Schlesiens halten es nach wie vor für ihre wichtigste Aufgabe, gegenüber den Angriffen des Unternehmertums und dessen faschistischen Banden die einheitliche Kampffront der arbeitenden Jugend mit der erwachsenen Arbeiterklasse herbeizuführen und an der politischen Tätigkeit der NSD, eifrig Anteil zu nehmen.

Nachstehende Resolution wurde von der Bezirkskonferenz der NSD, Bezirk Schlesien am vergangenen Sonntag einstimmig gefaßt:

Die NS-Schlesiens zur Betriebszellenorganisation.

Nachdem die Betriebskonferenz der NS-Schlesiens sich eingehend mit den Arbeiten des 3. Weltkongresses der NSD, beschäftigt hat, erkennt sie die Beschlüsse desselben zur Frage der Betriebszellenorganisation als zur Gewinnung großer Massen der Jungarbeiterklasse für die kommunistische Bewegung an. Die Konferenz vertritt nicht, daß der praktischen Durchführung dieser Umstellung Hindernisse im Weg liegen. Solange nicht eine ideologische Umstellung der Mitgliedschaft der NSD erfolgt ist, sieht es deshalb als die wichtige Aufgabe der Betriebsorganisationen an, sofort eine gründliche Aufklärungsarbeit über das Wesen der Betriebszellenorganisation unter der Mitgliedschaft durchzuführen. In Erkenntnis dessen, daß die beste Aufklärungsarbeit durch praktische Beispiele geleistet wird, beschließt die Konferenz, folgende Maßnahmen durchzuführen:

1. Alle Ortsgruppen der NS-Schlesiens sind verpflichtet, die Betriebsfraktionen als eine Vorstufe der Betriebszellen gut zu fundamentieren und auszubauen. Den Arbeiten unserer Fraktion ist die höchste Aufmerksamkeit zu widmen.

2. In den Teilen unserer Provinz, wo noch keine festgefügte Ortsgruppen bestehen, ist nach Möglichkeit der Aufbau unserer Organisation nach dem System der Betriebszellen sofort vorzunehmen. (Oberschlesien, Lauban, Kohlenbecken usw.)

3. Diejenigen Ortsgruppen, die schon Betriebsfraktionen haben und in deren Fraktionen sich befähigte Mitglieder befinden, sind verpflichtet die Organisation so umzustellen, daß die Betriebszellen ihre Grundlage in (Langenbielau, Waldenburg.)

In der Durchführung dieser Aufgaben sieht die Konferenz die Möglichkeit, die Aufgaben des 3. Weltkongresses der NSD, ihrer Lösung näher zu bringen.

Kurze Meldungen.

In München machten Orgeschbanditen einen Überfall auf die sozialdemokratische „Münchener Post“. Die Geschäftsräume wurden mit Gewehrshüssen und Handgranaten besetzt.

Wie die „Völkische Wacht“ meldet, planten am Sonntag faschistische Studenten in Stargard Mordanschläge auf die sozialdemokratischen Abgeordneten Lohse, Breitscheid und Severing. 3 Studenten wurden verhaftet. Das ist der Lohn dafür, daß die NSD-Führer das Proletariat entzweiften und die Bewaffnung der Faschisten gebildet haben.

Der Berliner Bezirksparteitag der NSD forderte vor der Reichstagsfraktion die Ablehnung des Etats des Reichswehrministers. Die NSD-Reichstagsfraktion hat ihn trotzdem bewilligt!

In Essen feiert bei der Wahl der Ortsverwaltung des NSD erneut die Liste der NSD.

Die „Frankfurter Zeitung“ meldet, daß die Franzosen von den deutschen Eisenbahnern die 10 stündige Arbeitszeit bei drückenden Tageslohn verlangen. Dabei müssen die Arbeiter einen Revers unterzeichnen, daß sie bei Anfallen keine Schadenersprüche stellen werden! Nachdem die französischen Militärs mit dem passiven Widerstand der Beamten fertig geworden sind — eröffnen sie die Offensive gegen die Arbeiterschaft.

Das „Rubredo“, unter in Essen erscheinendes Bruderblatt, ist von dem französischen Kommandeur für 8 Tage verboten worden.

Aus Gewerkschaften und Betrieben.

Die Zimmerer in Peisterwitz verlangen Rückkehr zum Klassenkampf.

Am 11. Februar fand die Mitgliederversammlung der Zimmerer, Zahlstelle Peisterwitz, in Schuberts Gasthaus statt. Die Tagesordnung war: 1. Abrechnung vom 4. Quartal, 2. Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr, 3. Neuwahlen, 4. Verschiedenes. Hier wurde von den Kameraden Schari über die Lage der Wohnbauverbesserung gesprochen. Auch wurde das Verhalten der Wohnbauverbesserer bei Lohnverhandlungen sehr scharf kritisiert. Es wurde darum von der Versammlung beschlossen, per Postkarte ein Schreiben zu übersenden, worin sie antworten soll. Zugleich aber verlangten die Kameraden, jenes Schreiben in der Arbeiterpresse zu veröffentlichen. Es lautet:

Werte Kamerad!

In unserer heutigen Zustandsversammlung wurde sehr scharf die Entlohnung der Arbeiter und die gesunkene Lebenshaltung kritisiert. Es wurde zum Antrag gestellt, das Gelingen folgendes mitzuteilen: Die Kameraden der Zahlstelle Peisterwitz verlangen von der Verwaltung unbedingt Aufklärung zu verlangen, nach welcher Methode überhaupt die eingepreiste Indeziffer errechnet wird. Diese Ziffer kann doch unmöglich etwas mit der Leistung zu tun haben, wenn das tatsächlich der Fall sein sollte, so möchte man unbedingt an der Rechenschaft der damit beauftragten Personen zweifeln, denn es ist doch unmöglich, daß in einer Zeit, in welcher die wichtigsten und allerwichtigsten Bedarfsartikel und Lebensmittel um das Vier- ja sogar das Fünffache gehoben sind, die Indeziffer sich nur um 61,6 Prozent erhöhen kann. Die 300 Prozent, die zu dieser errechneten Summe eigentlich noch dazu kommen müßten, hat man verweigert. Ihr Herren Gewerkschaftsvertreter habt größtenteils die Schuld an dem Elend der Proleten. Wenn Ihr in demselben Sinne für uns arbeiten würdet, wie Ihr es vor dem Krieg getan habt, so würdet Ihr nicht dulden, daß man uns mit solchen Hungerlöhnen, man müßte eigentlich sagen Bettelgehältern, abweist. Was nützt es denn, wenn man viele Tausende erhält und dafür nicht einmal genügend Brot und Margarine zu kaufen bekommt. Ginge denn das tatsächlich nicht, wenn Ihr Herr sagen würdet, mit dem Moment, wo sich die Lebenshaltung verteuert, verlangen wir die Entlohnung im gleichen Grade erhöht, und den Leuten mitteilen würdet, soviel liebt Euch zu und soviel will man Euch nur geben. Wir aber wollen uns für Eure gerechte Forderung einsetzen und sie mit Euch erkämpfen. Nein, es wird uns nur immer gedroht, Ruhe und Besonnenheit und das geringste Angebot der Unternehmer wird uns zur Annahme empfohlen, damit das Elend, das über der Wirtschaft nicht noch weiter erschüttert wird. Aber um unser eigenes, völlig ruiniertes Leben kümmert sich niemand. Es müßte doch den Herren Gewerkschaftsführern schon längst einmal der Gedanke aufgekommen sein, daß sich eine derartige Wurstelei niemand für die Dauer gefallen lassen kann und letzten Endes eine Zerfallens- und Zerschmetterung der Gewerkschaften herbeiführen muß; denn als zahlende Mitglieder zu fungieren, das wird doch letzten Endes jedem zu viel. Es kann vielleicht gar nicht mal lange dauern, daß der größte Teil der Gewerkschaftler sagen wird, wir haben nicht Führer sondern Betrüger, und dulden nicht, daß solche Leute sich noch länger Vertreter der Arbeiterschaft nennen dürfen.

Anmerkung der Redaktion: Wenn wir auch nicht mit allen Leuten des Brieves einverstanden sind und vor allen Dingen jede Gewerkschaftsmäßigkeit entschieden bekämpfen, so begrüßen wir es, daß auch die Arbeiter in Peisterwitz von ihren Führern die Rückkehr zum Klassenkampf fordern. Freilich ist es nötig, daß der Kampf in den Gewerkschaften nicht allein geführt wird gegen die Instanzen, sondern die Massen indifferenter Arbeiter, die in den Gewerkschaften sind, und sich um nichts kümmern, auch sie müssen für den revolutionären Klassenkampf gewonnen werden.

Soziales.

Breslau.

Neue gewaltige Laffen für die Mieter.

Der Magistrat ist dem Vorstoß der Hausbesitzer gewichen. Er hat ihrem Verlangen Rechnung getragen und eine neue, ungeschmeichelhafte Belastung der Mieter durchgeföhrt. Wie das hiesige Presseamt mitteilt, werden ab 1. März die Belastungssätze wie folgt erhöht: für Grundstücke bis zu 8 Wohnungen von 90 auf 100 Prozent, bis zu 16 Wohnungen von 105 auf 150 Prozent und von mehr als 16 Wohnungen 150 Prozent. Das bedeutet eine Erhöhung um das Vierfache. Außerdem werden die Zuschläge für laufende Instandsetzungsarbeiten von 250 auf 1500 Prozent, also um das Sechsfache ab 1. März erhöht. Endlich soll auch der Betriebskostenzuschlag für Treppen-, Haus- und Stubeheizung, die an Mieter des Hauseigentümers angefallen ist, von 120 auf 180 Prozent erhöht werden. Der Magistrat wollte ursprünglich den Mietern noch mehr Lasten aufbürden, indem er die Zuschläge für laufende Instandsetzungsarbeiten auf 2000 Prozent erhöhte. Dies wurde jedoch von den Regierungsbehörden abgelehnt.

Während die Löhne der Arbeiter und die Gehälter der Angestellten und Kleinbeamten nur um 20 bis 50 Prozent steigen, klettert die Lebensmittelpreise um Tausende von Prozenten in die Höhe und der Magistrat findet nichts dabei, auch noch die Mietern um einige hundert Prozent zu erhöhen. So wird die Lage der Werttätigen immer elender und erbärmlicher. Die Sozialdemokraten, die im Stadtparlament die Mehrheit haben, unternehmen nichts gegen das Vorgehen des Magistrats. Es liegt in der Linie ihrer Politik, alle Lasten den Werttätigen aufzubürden. Sie erhöhen die Gas- und Elektrizitätspreise, die Straßenbahnpreise, die Bäderpreise usw., und sie finden auch nichts dabei, zu dem behördlich sanktionierten Mietswucher beide Augen zuzumähen.

Im heuchlerischer Weise ruft die BSWD, mit den Gewerkschaften zu großen Protestversammlungen auf. Als ob die schönen Reden und Proteste etwas nützen! Als ob sie das Verlangen der BSWD im Stadtparlament oder der Gewerkschaften in der Lohnfrage gut machen könnten!

Nicht leere Proteste können den Mietswucher beseitigen, sondern nur der geschlossene Kampf der organisierten Mieterkassen kann den wucherischen Plan der Hausbesitzer vernichten.

Im Zeichen der Arbeit.

Mitgliederversammlung der BSWD.

Eine arbeitsreiche Mitgliederversammlung hielt die Ortsgruppe Breslau der BSWD am Dienstag, den 27. Januar ab. Genosse Oelshner referierte zum 1. Punkt über die Aufgaben des Bezirksparteiorgans. Nachdem er dessen politische Aufgaben kurzgefaßt hatte behandelte er ausführlich die verschiedenen zum Bezirksparteiorgans vorliegenden Anträge. In der Diskussion wurde zu diesen Anträgen Stellung genommen und neue Anträge besprochen. Eine längere Debatte rief ein Antrag der Genossen Standke hervor, die Verwaltung der Produktivgenossenschaft nicht mehr unter die straffe Kontrolle der Partei zu stellen, wie sie bisher geübt wurde. Genosse Standke wies auf Gefahren hin, die sich aus demselben daraus ergeben können. Die Genossen Oelshner,

Richtlinien zu den Neuwahlen der Betriebsräte.

In den Mitgliederversammlungen unbedingt verlesen und zur Diskussion stellen.

Der Gewerkschaftsfond in Leipzig hat eine Entschliessung Drey und Genossen angenommen, nach der es Gewerkschaftsmitgliedern verboten ist, bei den Betriebsratswahlen auf Gewerkschaften zu laudieren, wenn im Betrieb eine freigewerkschaftliche Liste aufgestellt ist. Ohne daß es in dieser Entschliessung näher betont wird, ist doch klar erkennbar, daß sich ihre Spitze einzig und allein gegen die Kommunisten richtet. Andere Betriebsaktionen werden deshalb noch scharfer wie im letzten Jahre bei den vor der Tür stehenden Neuwahlen von Betriebs-, Arbeiter-, Angestelltenräten und Betriebsobleuten einen systematischen Kampf zur Befreiung der freigewerkschaftlichen Listen mit anderen Kandidaten führen müssen. Alle Betriebsaktionen haben deshalb im vollbestehenden Fraktionszusammenhalten möglichst umgehend, mindestens aber vor der Zusammenkunft der gewerkschaftlichen Betriebsfunktionäre, zur Neuwahl der Betriebsvereinigungen Stellung zu nehmen. Hier müssen die Kandidaten und Ersahleute unserer Richtung für die freigewerkschaftlichen Listen zur Neuwahl des Arbeiter- und Angestelltenrats aufgestellt werden.

Alle von der Fraktion für fähig erklärten Genossen haben die Kandidatur, wenn es die Fraktion beschließt, anzunehmen. Den Fraktionsbeschlüssen hat sich jeder Genosse zu fügen. Wer trotz Beschluß der Fraktion die Annahme der Kandidatur verweigert, ist der Bezirksleitung, Abteilung Gewerkschaften, zu melden, die jeden Disziplinbrecher zur Verantwortung zieht.

Eine fraktionelle Einigung mit der BSWD zum Zwecke der Verteilung der Arbeiter- und Angestelltenratsliste ist strikte abzulehnen. In allen Fällen haben die Arbeiter die Entscheidung zu treffen, ob unsere Kandidaten oder die der BSWD auf die freigewerkschaftliche Liste gesetzt werden sollen.

Dagegen ist es durchaus angängig, mit der Partei sympathisierende, politisch unorganisierte und den Unabhängigen zuzählende Arbeiter, soweit sie befähigt und gewerkschaftlich geschult sind, als Kandidaten für die freigewerkschaftlichen Listen vorzuschlagen, letztere nur, wenn sie die folgenden Richtlinien anerkennen.

Nach den von dem AOB herausgegebenen Richtlinien soll die Aufstellung der Kandidatenlisten durch die im Betrieb zuständigen Gewerkschaftsfunktionäre vorbereitet und von den Gewerkschaftsmitgliedern beschlossen werden.

Dieser Weg haben unsere Genossen durchweg innegehalten und wo die Amsterdamer aus irgendwelchen Gründen es anders machen wollen, eine Befragung der Belegschaft bei der Aufstellung der freigewerkschaftlichen Listen zu erzwingen. In der freigewerkschaftlichen Fraktionskonferenz, nachdem diese die Entscheidung über die Aufstellung der Listen getroffen in einer Belegschaftsversammlung, müssen unsere Kandidaten für die freigewerkschaftlichen Listen der Arbeiterschaft vorgelegt und unsere Vorschläge an Hand der wirtschaftspolitischen Ereignisse und Verhältnisse, sowie dem Verlangen der Amsterdamer Gewerkschaftsbürokratie, begründet werden. Unsere Kandidaten vorschläge sind in der Belegschafts-, oder wo diese durch die Besammlung der freigewerkschaftlichen Arbeiter des Betriebes ersetzt werden sollte, bereitwilligst vorzulegen. Sollte es in einzelnen Betrieben unmöglich sein, auf diese Weise unsere Kandidaten auf die freigewerkschaftliche Liste zu bringen, dann sollten die Betriebsaktionen, so wie die Amsterdamer in verschiedenen Fällen es schon getan haben, zur Aufstellung eigener Listen streben, der sie die Bezeichnung „Revolutionäre Gewerkschaftsoppositionliste“ geben.

Richel und Hamann traten dem entgegen und betonten die Gefahren, welche eine zu lose Kontrolle durch die Partei in sich birgt. Genosse Standke stellte ferner die Anfrage, ob die Produktivgenossenschaft finanziell genügend gestützt ist. Sonst müßten die Mitglieder sie unterstützen. Es wurde erklärt, daß unsere Genossenschaft nur fundamementiert ist. Wegen der fortgesetzten Geldentwertung wird aber trotzdem eine Erhöhung der Mittel vorgenommen werden. Die rege Aussprache über diesen Punkt zeigte das Interesse der Mitglieder an der Produktivgenossenschaft. Anschließend wurden die Delegierten zum Bezirksparteitag gewählt, und zwar 3 Genossen der Ortsleitung, 4 Genossinnen und weitere 8 Delegierte.

Ein Zettel von Arbeit wurde im Punkt Organisationsfragen und Verschiedenes erledigt. Genosse Drey betonte, daß die Breslauer Kommunisten mehr in der Mieterbewegung arbeiten müssen. Genosse Hamann forderte aktiverer Gewerkschaftsarbeit und Genosse Oelshner betonte die Notwendigkeit, die Genossenschaften zu erobern. Genossin Kanti sprach über die demnächst stattfindende Frauenwoche und Genosse Richel wies auf die antimilitaristische Kampfwache der kommunistischen Jugendinternationale hin. Auf Antrag des Genossen Gotthard Hoffmann wurde einstimmig beschlossen, daß jeder Parteigenosse im Monat März für die kommunistische Jugend eine Kampffondsmappe in Höhe von 100 Mark zu leisten hat. Frauen und nach Möglichkeit auch Arbeitslose sollen 50 Mark bezahlen. Genosse Guhr forderte die Mitglieder auf, schnellstens Quartiere für die Delegierten des Bezirksparteitages anzumelden. Auch verschiedene redaktionelle Angelegenheiten wurden erledigt. Kurz nach 12 Uhr schloß Genosse Schulz die arbeitsreiche Versammlung.

Wichtig für Mieter. Mit Ermächtigung des Preussischen Ministers für Volkswohlfahrt hat der Breslauer Magistrat mit sofortiger Wirkung angeordnet, daß die vorherige Zustimmung des Mietsvereinsorgans in folgenden Fällen eingeholt ist: Bei Entleerung eines Mieters aus dem Besitze mit Zustimmung des

Auf die nachfolgenden Richtlinien für die Tätigkeit des Betriebs-, Arbeiter- und Angestelltenrats sind die Kandidaten der freigewerkschaftlichen Liste unterchriftlich zu verpflichten.

1. Rücksichtsloses Eintreten für die Interessen der Belegschaft.

Schärfsten Kampf gegen die Veruche, den Achtstundentag zu beseitigen, Verweigerung aller Überstunden, auch dann, wenn die Gewerkschaften mit den Unternehmern tarifliche Überstunden - Abkommen wie im Bergbau, abschließen.

2. Unterstützung aller Bestrebungen, in und außerhalb des Betriebes für die Herstellung der proletarischen Einheitsfront zur Abwehr der Angriffe der Unternehmer auf die Interessen der Arbeiterschaft.

Kampf gegen das Bündnis der Gewerkschaften mit den Unternehmern in den Arbeitsgemeinschaften, Kampf gegen das Bündnis der reformistischen Führer mit den bürgerlichen Parteien in der Koalitionsregierung als die einzigen Stützpunkte für ein Bündnis aller Arbeiter zum Kampf für die Verbesserung der Lebenslage des Proletariats.

3. Aktive Beteiligung an dem Kampf der Betriebsratsbewegung und des Kontrollausschusses. Anerkennung der Belegschaft des Reichsbetriebsratskongresses.

Unterstützung aller Bestrebungen zur Erämpfung einer Arbeiterregierung, die sich auf die obgenannten Organe und auf die Gewerkschaften stützt, die Arbeiter bewaffnet und die Kontrolle der Produktion in Angriff nimmt.

4. Kampf gegen die Ausschlässe revolutionärer Arbeiter aus den gewerkschaftlichen Organisationen durch die reformistischen Gewerkschaftsführer; Kampf für die Wiederaufnahme aller, ihrer politischen und revolutionären Betätigung wegen ausgeschlossenen Kollegen.

5. Betriebsräte, die in ihrer Tätigkeit gegen diese von ihnen anerkannten Richtlinien verstoßen, können von der Belegschaftsversammlung zurückberufen werden.

Die BSWD-Funktionäre als Ganzes werden es sicherlich ablehnen, sich auf diese Arbeitsrichtlinien zu verpflichten. Dagegen steht zu erwarten, daß einzelne BSWD-Funktionäre und Mitglieder denselben für ihre Tätigkeit zustimmen und anerkennen. In diesem Falle ist dringend zu empfehlen, diesen BSWD-Mitgliedern auf der freigewerkschaftlichen Liste einen Kandidaten einzuräumen, um sie für die Betriebsräte- und Kontrollausschüßbewegung zu gewinnen.

Betriebsaktionen, die zur Unterstützung ihrer Wahlvorbereitungen ein Flugblatt herausgeben wollen, haben den Entwurf der Gewerkschaftsabteilung vor der Indruckgabe vorzulegen.

Ueber die getätigte Wahl des Betriebs-, Arbeiter- und Angestelltenrats ist uns durch die Fraktion umgehend schriftliche Mitteilung zu machen. Andere Genossen, die als Betriebsräte gewählt werden, sind unter genauer Namens- und Adressenangabe und ihrer gewerkschaftlichen Zugehörigkeit schriftlich an die Gewerkschaftsabteilung zu melden.

Wohnungsamt gemieteter Räume auf Grund des Vollstreckungstitels. (Die Zustimmung muß erteilt werden, wenn der Mieter mit der Mietzahlung schuldhaft im Rückstande oder ihm eine anderweitige Unterkunft beschafft ist; bei Wohnungsverhältnissen ohne Rücksicht auf ein bestehendes Dienst- oder Arbeitsverhältnis ohne Abschluß eines Mietvertrages überlassen worden sind, zur Durchführung eines auf Räumung lautenden Vollstreckungstitels. (Die Zustimmung ist zu erteilen, wenn der Inhaber der Räume Leistungen auf Grund des Dienst- oder Arbeitsverhältnisses nicht mehr erfüllt oder wenn für ihn anderweitig Unterkunft beschafft wird.) Ein Mietverhältnis liegt auch dann vor, wenn Dienst- oder Werkverträge (z. B. Hausmeister-, Kutscher-, usw. Wohnungen) auf Grund eines besonderen Dienstvertrages an den Inhaber überlassen worden sind. Auf sie finden daher die vorstehenden Vorschriften in vollem Umfang gleichfalls Anwendung. Anträge auf Erteilung der Zustimmung zur Vollstreckung sind bei dem Büro des städtischen Einigungsamtes, Junkenstr. 1-3, schriftlich oder während der Dienststunden wochtags von 8-3 Uhr mündlich anzubringen. Dem Antrag ist eine Ausfertigung des Urteils oder der einstweiligen Verfügung oder des Vergleichs beizufügen, oder es ist das gerichtliche Urteilsbuch genau anzugeben. Diese Bestimmung wäre gewiß für das Proletariat sehr vorteilhaft, wenn es die Gewähr hätte, daß das Mietsvereinsamt nicht eine Institution der Bourgeoisie wäre. Es wird für die Arbeiter, Angestellten und Beamten - nach der bisherigen Praxis des Mietsvereinsamtes zu urteilen - wahrscheinlich nicht viel dabei herauskommen.

Schmerathletik. Am 1. März ist der Ringkampftag beendet. Alle Teilnehmer müssen unbedingt anwesend sein (Kriegsniger Turnhalle), da jeder eine Bescheinigung über die Teilnahme am Kursus erhält. Desgleichen treffen sich alle gemeldeten Kampfrichter für die Mannschaftskämpfe zur Empfangnahme des schriftlichen Materials ebendort. Die Bezirksleitung.

Bittersbach. Frauenmitgliederversammlung. Am Freitag den 23. 2. 1923 fand eine Frauenmitgliederversammlung statt, die von 14 Genossinnen besucht war. Genossin Sch. sprach zur politischen Lage und ging besonders auf die Stellung der proletarischen Frauen zur Arbeiterbewegung ein. Dem Vortrag schloß sich eine rege Diskussion an, die das Interesse der Genossinnen an politischen Fragen erkennen ließ. Mit dem Gelächte, auch an die indifferenten Frauen heranzugehen und ihnen zu erklären, was wir Kommunistinnen wollen, fand die Versammlung ihren Abschluß.

Nieder-Salzbrunn. Einführung der Welthilfssprache „Esperanto“ in die Volksschulen. Am 17. Februar 1923 wurde in Nieder-Salzbrunn im Gasthof „Zur Eisenbahn“ die Einführung der Welthilfssprache „Esperanto“ in die Volksschulen mit einer gut besuchten Versammlung festlich begonnen. Nach der Eröffnungsansprache und der mit Klavierbegleitung gelungenen Esperantohymne schilderte der Referent des Abends mit begeistertem Worten das schöne hohe Ziel und die großen unwiderstehlichen Vorteile der Sprache. Wieder und heitere Vorträge in Deutsch und Esperanto verschönten den Abend. Zur Teilnahme an dem am 28. Februar beginnenden Unterricht, haben sich bis jetzt circa 80 Schulkinder im Alter von über 12 Jahren gemeldet. Die Gemeinde Nieder-Salzbrunn, deren Schulvorstand und Gemeinde-Vertretung einstimmig die Notwendigkeit, allen Volksschulkindern die Möglichkeit einer internationalen Verständigung zu verschaffen, erkannt haben, wird hoffentlich den übrigen Gemeinden des Waldenburger Bezirks Beispiels geben, recht bald dem guten Beispiele zu folgen.

Nieder-Salzbrunn. Zur Sonntag, den 18. Februar, hatte der hiesige sozialdemokratische Verein eine öffentliche Frauen-Versammlung einberufen mit dem Thema: „Die Not und die Frauen.“ Als Rednerin hatte man sich die Frau Reichstagsabgeordnete Anzorge verschrieben. Sie schilderte die Not nach dem Kriege, die noch ständig wachse Schuld

Die Rote Armee

ist die Kampftruppe des revolutionären Weltproletariats, der Todfeind der Bourgeoisie. Die Kommunisten sind ihre Führer und Förderer. Die Kommunisten Schlesiens, d.h. die Freunde und Förderer der Roten Armee in Schlesien halten am Sonntagabend und Sonntag

in Breslau

ihren Bezirksparteitag ab.

Viele Delegierte treffen bereits am Freitag abend ein. Die Kommunist Partei Deutschlands, Ortsgruppe Breslau, muß dafür sorgen, daß allen diesen Delegierten Unterkunft gewährt werden kann. - Darum werden noch immer

Quartiere gesucht!

Jeder Parteigenosse, jeder Sympathisierende, der einen Delegierten beherbergen kann, raede dies unverzüglich im Bezirksbüro der KPD, Trebnitzer Straße 50, in der Buchhandlung, Nikolaistr. 49/50, bei einem Parteifunktionär oder bei einer Austrägerin der „Schles. Arbeit-Zeitung“

darin sei Frankreich und die gesamte Entente mit ihren Reparationsforderungen. Trotzdem Deutschland versucht, zu erfüllen. Sollt Frankreich die Behauptung auf, Deutschland hätte sich in Sachlieferungen Verschulden zu Schulden kommen lassen und wäre deshalb die Besetzung des Ruhrgebietes erfolgt. Dadurch sei in den letzten Wochen der Dollarkurs in die Höhe gegangen und mache sich fühlbar in einer größeren Preissteigerung für alle Lebensmittel. Die Referentin spricht dann über die Not der Arbeiterfrauen, die Verelendung der Kinder, der Sozialrentner usw. Not und Elend wird noch steigen, wenn das Ruhrgebiet von Deutschland getrennt wird. Erst mit dem Eintritt der Sozialdemokraten in die Regierung könnte eine wirkliche Erfüllungspolitik betrieben werden. Solange die Sozialdemokraten in der Regierung waren, wurde die Besetzung des Ruhrgebietes verhindert. Jeder Arbeiter muß ein Interesse am Vaterland haben und bestrebt sein, alle Wirtschaftsgebiete beim Vaterland zu erhalten. Rednerin schildert die „Laten“ der Sozialdemokraten in der Regierung für die Arbeiterschaft. Auch meinte sie in Deutschland sei heute keine Regierung, die die Kapitalisten zwingt, Steuern zu zahlen. (Über den Kapitalisten Steuern stunden konnte ein sozialistischer Minister.) Untere Genossin Kupke-Breslau nahm in der Aussprache das Wort und führte aus, das Jammern der Frau Anforge ist zwecklos, da die Sozialdemokratische Partei Not und Elend des Proletariats zum größten Teil verschuldet hat. Das Verschulden der Soz. Partei beginnt mit der Bewilligung der Kriegsgeldes und hat sich zum Verrat des Proletariats gesteigert durch die Erfüllungspolitik. Genossin Kupke schilderte eingehend die Ursachen des heutigen Elends und ging dann des näheren auf die Ursachen der Ruhrbesetzung ein. Schon auf der Konferenz von Spaai hat Stinnes mit dieser Ruhrbesetzung gerechnet. Wenn den deutschen Kapitalisten bei dem Westeuropäischen Krieg und Kohlenkongress von den französischen Kapitalisten ein größerer Prozentsatz am Profit eingeräumt wird, ist sofort die Verelendung da und die Arbeiterschaft muß dann für beide Kapitalistengruppen unter der erbärmlichsten Schiene Profite erschaffen. Die Führer der Soz. Partei bilden lieber mit den Kapitalisten eine nationalistiche Einheitsfront, statt die Arbeiter zum Kampf gegen den Kapitalismus aufzufordern. Im Gegenteil laborieren diese Führer den Kampf mit den gemeinsten Mitteln. Rednerin zeigte den Anwesenden Frauen die Stellung, die dieselben bei diesem Kampf notgedrungen einnehmen müssen. Wenn große Teile der Frauen bei Wahlen und sonstigen Anlässen auf bürgerlicher Seite gefunden werden, so trägt die Schuld die SPD-Führerschaft. Sie haben den Armen seit Jahren goldene Berge versprochen. Wenn es aber den Kampf geht, dann lassen diese Führer die Arbeiter im Stich, ja schlagen ihnen mit den Händen der Reaktion die Schüssel ein. Selbst bei dem alle Arbeiterfrauen in hohem Maße interessierenden Kampf um die Besetzung der Schandparagrafen 118, 119, 121 habe die Soz. Partei verlagert. Wenn sich Frau Anforge beklagt, daß heute die Gefängnisse überfüllt seien, so sei daran erinnert, daß neben Hunderten wegen angeblicher politischer Verbrechen Beurteilte Hunderte von Arbeiterfrauen im Gefängnis liegen, die auf Grund dieser Schandparagrafen verurteilt sind. Keine Sozialdemokratische Partei, kein sozialdemokratischer Justizminister Kad-

bruch hat sich all dieser Armen angenommen. Warum rufen die Führer der Sozialdemokratischen Partei nicht zu Protest-Aktionen auf, um diese Verurteilten aus der Qual zu befreien? Im Gegenteil haben sie im Reichs- und Landtag den Antrag der Kommunisten auf Aufhebung dieser Schandparagrafen 118, 119, 121 dieser sogenannten Abtreibungsparagrafen, Arm in Arm mit den Bürgerlichen abgelehnt. Schuld an den heutigen Zuständen haben Arbeiter und Arbeiterinnen insofern, weil sie sich von soz. Führern noch von einer Einheitsfront gegen den Kapitalismus trennen lassen, denselben Führern, die am Rapp-Wutsch so tapfer fortgegangen sind und den Arbeitern es überließen, die sozialdemokratischen Minister-Gesell zu verteidigen. Zum Dank dafür mordeten die weißen Banden im Auftrage derselben tapferen soz. Führer die Arbeiter, wurden die Arbeiter in Gefängnisse und Zuchthäuser geworfen. Genossin Kupke ging dann noch auf das Ruhrpöbel ein, welches den Arbeitern jetzt von den sozialistischen Führern und Gewerkschaftsbürokraten im Verein mit den Kapitalisten aufstrotzt werden soll, und fordert die Anwesenden auf, für dieses den Kampf der revolutionären Arbeiterschaft stärken, Ruhrpöbel die Taschen zuzubehalten. Dafür sollten die Arbeiter sollen der Kommunistischen Partei beitreten und die Schließliche Arbeiter-Zeitung lesen, um gemeinsam den Kampf gegen den Kapitalismus und Arbeiterverrat zu führen. Reicher Beifall lobte die Ausführungen der Genossin Kupke. Es sprachen dann noch die Genossen Ardet, Großer, Schrommer die die Ausführungen der Genossin Kupke unterstrichen. Das Schlusswort der Frau Anforge war die allgemeine Rede jedes soz. Führers. Eine Schimpfkanonade gegen die Kommunisten, „die an allem Schuld sind“. Damit wird der Verrat dieser Herrschaften freilich nicht verdeckt. Das sehen die Arbeiter und Arbeiterinnen immer mehr ein, und so wird die Einheitsfront der Schaffenden doch werden trotz Frau Anforge und ihrer Genossen.

Versammlungs-Kalender.

Für jede Zeile mit dies. Adressen muß ein Betrag von 10 K. gezahlt werden

KPD Bezirksleitung: Wrona-Kaffe, Breslau, Trebnitzstr. 6. Fernruf Amt Ring 887. Adresse: Alfred Dohner, Breslau, Trebnitzstr. 60. Postfachkonto: Breslau 58864, Alfred Dohner.

Breslau. Heute abend 7 Uhr, im Parteibüro: Funktionär-Sitzung. Alle Funktionäre haben zu erscheinen.

Breslau. Mittwoch 7/8. Allen Genossen zur Kenntnis, daß der Dittirabend am Donnerstag den 1. März, wegen der am Freitag stattfindenden Versammlung ausfällt.

Dittir e. Allen Mitgliedern zur Kenntnis, daß diese Woche der Dittirabend wegen der Generaterversammlung der Wobutrio-Genossenschaft ausfällt.

KJD Bezirksleitung: Max Güter, Breslau 1, Nitotafstr. 4960. Postfachkonto: Breslau 6799 Max Güter.

Breslau. Freitag, den 2. März, abends 7 Uhr, im Versammlungssaal der Wobutrio-Genossenschaft, Nitotafstr. 49 50, außerordentlich wichtige Mitgliederversammlung. Unter anderem Bericht von der Bezirkskonferenz. Alles muß erscheinen. Einmal nur gegen Vorweisung der Mitgliedskarte.

Boleslawin. Sonntag, 4. März, nachm. 2 Uhr, im Café zum „Grünen Baum“. Besondere Jugendversammlung.

Fellhammer. Am Sonntag, den 4. März, nachm. 4 Uhr, findet in der „Zehn-Minuten“ unsere Delegiertenversammlung statt. Zu dieser haben alle Jugendgenossen und -genossinnen unbedingt zu erscheinen.

Gottesberg. Sonntag, den 4. März, nachm. 2 Uhr, in der „Krone“ (bei Otto) öffentliche Jugendversammlung. Referent Jugendgenosse Schmidt, Waldenburg. Jugendgenossen von Gottesberg und Umgebung, tut eure kommunistische Kameradschaft kund.

Campenbleau. Freitag, den 2. März, abds. 7.30 Uhr, im Vereinszimmer bei Dittir-Mitgliederversammlung. Wichtige Tagesordnung. Alles zur Stelle. Ausfall für Familienabend eine halbe Stunde früher.

Sonabend. den 4. März, abends 7 Uhr, im Kinosaal bei Dittir, öffentliche Jugendversammlung. Große Wanden, Breslau als Referent. Anschließende Mitgliederversammlung der Jugendlichen (Girma Dierig). Die Parteigenossen werden ersucht, mit ihren Familienangehörigen, Kindern zahlreich zu erscheinen.

Waldenburg. Donnerstag den 1. März, Freitagsabend. Genosse Rifson wird berichten über die Dittir-Konferenz.

Breslau. den 4. März, nachm. 2 Uhr, treffen sich die Wandolmenspieler. Beginn: um 4 Uhr Freitagsabend.

KKG Kommunistische Kinder-Gruppe.

Bezirksleitung: Werner Hildebrand, Breslau, Trebnitzstr. 60

Breslau. Sonntag, den 4. März, Ausflug-oberaufsicht. Treffpunkt der Gruppe Oberer am 1 Uhr am Trebnitzer Platz und der anderen Gruppen um 1.30 Uhr an der Kaiserbrücke, von wo wir dann gemeinsam abmarschieren. Bitte, Regen- und etwas zu essen mit. Jugend- und Parteigenossen, erscheint am 1. März.

Gewerkschaften

Breslau. Rangewerkbund. Fachgruppe der Bauhilfsarbeiter. Sonntag, den 4. März, nachm. 9 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses, wichtige Versammlung. Alle Kollegen haben betriebsmäßig Ausnahme in die Fachgruppe pünktlich zu erscheinen.

Altwasser. Kommunistische Bergarbeiter der Fuchgrube. Donnerstag, den 1. März, nachm. 8 Uhr, findet im „Eisernen Kreuz“ in Altwasser eine Betriebsratssitzung statt. Alle Genossen der Fuchgrube und Nachschicht müssen unbedingt erscheinen. Wichtige Tagesordnung.

Fellhammer. Sonntag, den 4. März, abends 8 Uhr, in der „Schönen Aussicht“ Funktionärsitzung der kommunistischen Bergarbeiter. Alle Kommunisten, welche im Bergarbeiterverbande organisiert sind, müssen unbedingt erscheinen.

Waldenburg. Bauarbeiter und Zimmerleute. Freitag, den 2. März, abends 7 Uhr, im „Kreuz“ in Altwasser, Kreisratssitzung. Kein Genosse darf fehlen.

Andere Organisationen

Breslau. Bekleidungsarbeiter-Verband. Mittwoch, den 7. März, abends 7.30 Uhr im großen Saal der „Wartistawia“, Mannilsplatz 4, Mitgliederversammlung. Wichtige Tagesordnung. Ausweis der Mitgliedschaft am Eingang vorzeigen.

Dittersbach. Freireligiöse Gemeinde. Freitag, den 2. März, abends 7 Uhr, im „Wald“ zur „Gehrigsbahn“, Mitgliederversammlung. Erscheinen jeden Mitglieder in Pflicht.

Zaborze-Poremba. Gemeinschaft proletarischer Freidenker. Sonntag, den 4. März, nachm. 3 Uhr, im Vereinshaus Zaborze 11. Kleiner Saal, Kronprinzengarten, neben der katholischen Kirche, öffentliche Mitgliederversammlung. Des sehr reichen Vortrages wegen müssen sämtliche Genossen mit Frauen zahlreich erscheinen. Gäste willkommen.

Genosse! Werbe für Dein Partei-Organ!

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Dr. Johannes Jahn. Inserate: Max Hildebrand. Text und Beilage: Wobutrio-Genossenschaft für Provinz Schlesien e. V. m. B. G. Sitzlich in Breslau, Trebnitzstr. 50.

Schauspielhaus.
148 Operettensäle.
Telefon 4. 2-45
Heute n. täglich 7 1/2 Uhr
Madame Pompadour
Sonnt. nachm. 3 1/2 Uhr
Die Tanzgräfin

Sohlenleder-Ausschnitt
in allen Größen u. Stärken
preiswert
Gebr. Tischler
Lehrergang
Geldstr. 9
Filiale: Sandstr. 14.

Bekanntmachung betreffend die Feuerlöschpflicht.
Im Stadteil Waldenburg hat Abteilung 1 während des Monats März d. J. Feuerlöschdienst.
Die Feuerwehrrubrik für dieselbe Abteilung findet am Montag, den 26. März d. J., nachmittags 6 Uhr, statt.
Im Stadteil Waldenburg-Altwaier hat Abteilung 12 während des Monats März d. J. Feuerlöschdienst.
Die Feuerwehrrubrik für dieselbe Abteilung findet am Montag, den 12. März d. J., nachmittags 6 Uhr, statt.
Entsprechende Bekanntmachung erfolgt außerdem durch Anschlag.
Die löschpflichtigen Personen der genannten Abteilungen werden hiermit auf die auf ihrer Feuerlöschpflichtkarte abgedruckten Bestimmungen hingewiesen.
Waldenburg, den 25. Februar 1924.
Der Magistrat.
Dr. Siepner.

Bekanntmachung.
Bam i. bis einschließlich 15. März 1924 liegt im Einwohner-Meldeamt Waldenburg (Pfeislicher Hof), die neu aufgestellte Liste der zur Feuerlöschpflicht (Pflichtfeuerwehr) für die Zeit vom 1. April 1923 bis zum 31. März 1924 heranzuziehenden Personen zur Einsicht und Erhebung etwaiger Einsprüche gegen die Heranziehung zur Feuerlöschpflicht aus.
Die im § 69 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 am 3. Boden festgesetzte Einspruchsfrist beginnt mit dem ersten Tage nach Ablauf der Auslegungfrist.
Die noch im Besitze der löschpflichtigen Personen befindlichen Feuerlöschpflichtkarten für das Geschäftsjahr 1922 verlieren mit dem 31. März 1923 ihre Gültigkeit.
Diejenigen Mitglieder der Pflichtfeuerwehr, welche das 45. Lebensjahr erreicht haben, werden angefordert, wegen Beendigung ihrer Feuerlöschpflicht ihre Feuerlöschpflichtkarte nebst Armbande an unser Einwohner-Meldeamt (Pfeislicher Hof) zurückzugeben.
Waldenburg, den 27. Februar 1923.
Der Magistrat.

Hast Du schon das kommunistische Einmaleins?

Tüchtige Austrägerin
für das Odertor
per sofort
ge sucht.
Die Expedition.

Für Königszelt wird ein
Kolporteur
ab 1. März 1923 gesucht
Die Ortsleitung.

Für Nieder-Altwasser wird eine
Zeitungs-Austrägerin
gesucht. Auch Knabe im Alter v. 13-14 Jahren kann diese Sache übernehmen.
Meldungen nimmt entgegen
Gen. H. Böer, Altwasser, Breslaustraße 11.
Gen. A. Jahn, Altwasser, Charlottenbrunnerstr. 58.

Gas, Wasser und elektrischer Strom.
Um die Selbstkosten zu decken und um die durch periodische Zahlung entstehenden Verluste zum Teil auszugleichen, sind wir gezwungen, die Gebühren für die Einziehung rückständiger Rechnungsbeträge zu erhöhen. Es werden künftig bei Verzügen bis zu 2100 Mk. einschließlich 10% Mf. für höhere Beträge 1 vom Hundert des Schuldbetrages als Mahngebühr erhoben werden. Wir empfehlen nochmals die vergeldlose Ueberweisung von Schuldbeiträgen an die Kasse der hiesigen Betriebswerke.
Städtische Betriebsdeputation.

Gäbe und zerlegen:
Pappeinwand
und Gadrumpen
kaufen zu höchsten Preisen
Friedrich & Co., Lessingstr. 5, Hinterhaus.
Tel. Ring 9017.
Filiale: Lewaldstraße 28

Lelet und verbreitet die
Schles. Arbeiter-Zeitung!

Produktiv-Genossenschaft für d. Prov. Schlesien, e. G. m. b. H., Breslau

Freitag, den 2. März, abends 7/8 Uhr
im kleinen Saale des „Schießwerder“, Schießwerderplatz

Ordentl. Generalversammlung

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht.
2. Vorlegung der Bilanz und Genehmigung derselben.
3. Wahl des Vorstandes.
4. Wahl des Aufsichtsrats.
5. Wahl d. Geschäftsführers.
6. Anträge u. Verschiedenes.

Zutritt zur Generalversammlung haben nur Mitglieder der Genossenschaft. Als Ausweis dient das Mitgliedsbuch.
Anträge sind bis zum 28. Februar 1923 an die Geschäftsstelle Breslau, Trebnitzer Straße 50, einzureichen.
Der Aufsichtsrat
Hermann Ammon, Vorsitzender.

Sonnabend, den 3. März, abends Punkt 8 Uhr, im großen Saale des Schießwerder (während des Parteitags)

Aufführung des Filmwerkes

„Fünf Jahre Sowjet-Rußland“

mit Grotaufnahmen der Roten Armee bei bewaffneten Demonstrationen anlässlich des 4. Weltkongresses in Moskau und Petersburg.

Aus dem hochaktuellen Film: Ankauf der Delegation in Petersburg / Eröffnung des Kongresses / Kranzniederlegung auf dem Marsfeld in Moskau / Der rote Platz / Militär demonstationen / Massenmärsche / Der Eidswur der Roten Armee / Der Weltkongress / Schwellige Kundgebungen des Moskauer Proletariats / Der Maulwurf hat gut gewöhlt

Auf in die Kundgebung der Breslauer Arbeiterschaft zum fünfjährigen Jubiläum der Gründung der Roten Armee! Erscheint in Massen!

Ausgabe: Alfred Dohner
Delegierter vom 4. Weltkongress

R. P. D., Bezirksleitung Schlesien.